

Straßburger Resolution Der Euro-Arabische Dialog

und

Die Geburt von Eurabia

Original: The Euro-Arab Dialogue and The Birth of Eurabia

2001 schwappte eine gewalttätige Welle der Judeophobie über Europa; sie fiel mit der Intensivierung der al Aksa-Intifada vom 30. September 2000 zusammen. Diese Gleichzeitigkeit war kein Zufall. In Europa befürworteten Regierungen, einige Kirchen und der Großteil der Medien die zweite Intifada und benutzte scharfsinnige moralische Begriffe für das, was eine Terrorstrategie der Palästinenserführung war. Die Rechtfertigung und Fahrlässigkeit gegenüber diesen kriminellen Aggressionen führten zu Ermutigung. Die Eliminierung von Terrorführern wurde als „Ermordung“ im Sinne von Attentaten beschrieben; die Hamas und andere Terroristen wurden zu „Freiheitskämpfern“ und „Aktivisten“. Während Hamas als „Widerstandsbewegung“ übersetzt wurde, wurde Israel des „Staatsterrorismus“ beschuldigt. Besonders in Frankreich förderte diese Verurteilung die kriminellen Taten, die hauptsächlich von Immigranten muslimisch-arabischer Herkunft gegen Einzelpersonen und das Eigentum jüdischer Gemeinden begangen wurden. Selbst 2003 weigert sich die französische Regierung immer noch, die Hisbollah auf die Liste der Terrororganisationen zu setzen; der sozialistische Premierminister Lionel Jospin wurde von Präsident Chirac scharf gerügt, weil er sagte, die Hisbollah sei eine Terrororganisation.

Die Annäherung zwischen den jeweiligen Politik der Europäischen Union (EU) und der Palästinensischen Autonomie, die von der EU zum Großteil finanziert wird, wie auch zur Politik arabischer Länder scheinen das Ergebnis eines langfristigen Prozesses zu sein. Mit kleinen Nuancen zeigt die antiisraelische Diskussion, die auf beiden Seiten des Mittelmeers gleichzeitig zu hören ist, gleiche Charakteristika. Diese Judeophobie des 21. Jahrhunderts wurzelt in einer transnationalen europäischen Struktur, die in einem historischen Kontext geboren ist, und der euro-arabischen Politik der letzten dreißig Jahre. Die europäische Bevölkerung bleibt aber trotzdem im Großen und Ganzen unbekümmert, obwohl die Medien sie seit Jahrzehnten einer Ideologie ausgesetzt haben, die Israel dämonisiert.

Daher laufen die Europäer ganz stark Gefahr Spielzeug und Opfer religiösen Hasses zu werden, wie auch das von politischen und wirtschaftlichen Interessen, die vom arabisch-israelischen Konflikt maskiert wird; dieser wird absichtlich aus aller Verhältnismäßigkeit hinausgeschossen, um den globalen Jihad zu verstecken, der auch auf die Europäer zielt. Denn die ideologische Struktur dieser neuen Judeophobie ist aus der arabisch-muslimischen Welt importiert, auch wenn sie sich innerhalb des Rahmes einer europäischen Diskussion in drei Sektoren teilt: die politischen Parteien, die Medien und den religiösen Sektor.

Wie unten zu sehen sein wird, brachte die Entwicklung des Euro-Arabischen Dialogs beträchtliche Veränderungen in die europäischen Gesellschaften. Er hat den muslimisch-judeophobischen Antizionismus, seinen Anti-Amerikanismus und seinen Hass in den Westen übertragen. Er hat das unverantwortliche arabische Bestreben gefördert, Europa, seine Geschichte und seine Kultur zu islamisieren – ein Ziel, das einige islamistische Führer z.B. ausgerechnet im Herzen Londons verkünden. Darüber hinaus drängte der Dialog auf die Glorifizierung des „Palästinensischen“, auf die Diffamierung Israels, die wachsende Kluft zwischen Europa und Amerika und das Aufblühen einer imaginären Version der islamischen Religion, Geschichte und Zivilisation in der öffentlichen Meinung des Westens. Er zwang Europa, seine Interpretation der eigenen Identität und Geschichte zu revidieren, um sie mit der islamischen Vision Europas in Einklang zu bringen; durch diesen Prozess unterzog es sich einer selbst zugefügten Islamisierung.

Das Öl-Embargo: der Auslöser

Nach dem Zweiten Weltkrieg sah Frankreich – gedemütigt durch das kollaborierende Vichy-Regime und den Verlust des Kolonialreichs –, dass seine ambitionierte Rolle als mögliche Großmacht sich enorm verringert hatte. Die französisch-deutsche Union verschaffte Charles de Gaulle mit dem Mittel, in Europa durch Versöhnung mit traditionellen Feinden einen Frieden sicherzustellen; in den 60-er Jahren ermöglichte die Allianz mit der arabischen Welt Frankreich – auf der internationalen Ebene – die

Amerikanische Macht herauszufordern. De Gaulles wirtschaftliche und strategische Politik zielte auf die Vereinigung der Länder um das Mittelmeer in einen interdependenten industriellen Block in Opposition zu Amerika. Um diesen Plan durchzuführen strebte Frankreich den Aufbau einer Allianz mit den arabischen Staaten an. Feindseligkeit gegenüber Amerika und Israel wurde nicht nur durch die kommunistischen und linken Trends genährt, sondern auch durch das Erbe der pro-Nazi-Kollaborateure aus dem französischen Vichy-Regime, die die Nachkriegs-Jahrzehnte überlebt hatten; und sie durchdrang die französische Verwaltung bis in die höchsten Ränge.

Nach dem Sechstage-Krieg von 1967 wurde Frankreich zum Initiator der europäischen Anti-Israel-Politik. Es verzieh Israel nicht einfach seinen Blitzsieg über eine Koalition aus Ägypten, Syrien, Jordanien und den Palästinensern – unterstützt von der gesamten arabischen Welt. In internationalen Foren stimmte Frankreich zu Gunsten antiisraelischer arabischer Resolutionen und stützte einen einseitigen Boykott von Waffenverkäufen an den jüdischen Staat (1969). Auf der europäischen Ebene unterstützte die französische Diplomatie arabische Interessen; sie machte sich auf, um die europäische Politik in eine pro-arabische, antiisraelische Richtung zu biegen. In diesem Zusammenhang untersuchte Frankreich das Konzept eines Euro-Arabischen Dialogs (EAD) mit Libyen.(1)

Der gemeinsame Krieg Ägyptens und Syriens gegen Israel 1973 und das arabische Öl-Embargo, das als Waffe zur Ausübung von Druck auf die Welt benutzt wurde, spielte den französischen Plänen in die Hände. Von der arabischen Niederlage nach einem erfolgreichen Beginn gedemütigt, trafen sich die arabischen Öl produzierenden Länder in Kuwait (16.-17. Oktober), wo sie entschieden einseitig den Ölpreis zu vervierfachen und nach und nach jeden Monat ihre Rohöl-Produktion um 5% zu verringern, bis Israel sich aus den Gebieten zurückzieht, das die Araber in ihrem Krieg von 1967 verloren und im Krieg von 1973 nicht zurückgewinnen konnten. Sie führten ein Embargo gegen Lieferungen an Staaten ein, die als Israel freundlich gesinnt galten: die USA, Dänemark und die Niederlande. Verbraucherstaaten wurden als freundlich gesinnte, neutrale oder feindliche Staaten eingestuft.

In Panik trafen sich die neun Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sofort in Brüssel, am 6. November 1973, und legten eine gemeinsame Resolution vor, die auf ihrer Abhängigkeit von arabischem Öl basierte; diese Resolution befand sich komplett auf der Linie der franko-arabischen Politik bezüglich Israels.(2)

Die EWG führte mit der Resolution in Brüssel drei neue Punkte ein: 1. die Unzulässigkeit von militärischem Territorialgewinn, was theoretisch bereits in der UN-Sicherheitsrats-Resolution 242 erklärt wurde; 2. einen israelischen Rückzug auf die Linien des Waffenstillstands von 1949; 3. Einbeziehung „der legitimen Rechte der Palästinenser“ in die Definition von Frieden.

Der erste Vorschlag erschien bewundernswert, aber absurd, da Gebiete immer militärisch gewonnen wurden. Woraus besteht die Legitimität von Staaten? Das ottomanische Reich wurde 1917 von den Briten militärisch erobert. Im Krieg von 1948 gegen Israel nahm Ägypten den Gazastreifen militärisch ein und Abdullahs Arabische Legion hatte Judäa und Samaria ebenso militärisch besetzt, wie die Altstadt von Jerusalem und die Hebräische Universität auf dem Scopus-Berg, wobei sie alle palästinensisch-jüdischen Einwohner vertrieb. Darüber hinaus wurden alle Länder, die heute arabisch genannt werden, ursprünglich von arabischen Jihad-Armeen erobert. Waren alle diese Eroberungen, von Militär und Krieg aufgezwungen, ebenfalls inakzeptabel? Welche Kriterien würden die Unveränderbarkeit einer Eroberung und einer Ungerechtigkeit bestimmen – die Besetzung von Land oder seine Befreiung? „Besetzten“ ihre einheimischen, nicht muslimischen Bevölkerungen Spanien und Portugal, Sizilien, Griechenland, Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und armenisches Land oder waren sie Bevölkerung von Ländern, die vom Dhimmitum befreit wurden? Ist der Staat Israel der legitime Ausdruck eines freien Volkes, dessen Land durch eine der grausamsten Formen von Verfolgung gegenüber der einheimischen jüdischen Bevölkerung nach der römisch-byzantinischen Besetzung arabisiert und islamisiert wurde, oder eine Ungerechtigkeit, weil sie diese Verfolgung unterdrückt und die bösartige Macht der Verfolger neutralisiert hat?

Beim zweiten Punkt übernahm Europa pflichtgemäß (freundlicherweise) die arabische Leugnung ihrer Niederlage von 1967, einem Krieg, den sie nach der Invasion von 1948 zur Ausradierung Israels selbst ausgelöst hatten. Auf diese Weise gab die EWG der arabisch-islamischen Interpretation der Resolution 242 ihr Siegel, da in Wirklichkeit die Resolution in ihrer maßgeblichen englischen Originalversion nur vom Rückzug aus Gebieten spricht, einer absichtlichen Wortwahl seitens derjenigen, die sie entwarfen. Judäa und Samaria wurden damit nicht weiter als Gebiete beschrieben, die zur Verhandlung standen, sondern als „besetzte arabische Gebiete“, die Israel sofort zu verlassen hatte. Diese Gebiete waren aber im von den Arabern losgetretenen Krieg von 1948 militärisch erobert worden. Die zusammengefassten Militärkräfte von Syrien, Jordanien und örtlichen Arabern, die sie in Besitz genommen hatten, hatten auch

alle ihre jüdisch-palästinensischen Bewohner vertrieben und deren Land, Häuser und Eigentum konfisziert.

Der Dritte Punkt der Resolution führte eine Neuerung in den Nahost-Konflikt ein, der sich für Europa und seine Zukunft als dramatisch erwies. Bis 1970 gab es in diesem Zusammenhang den Begriff „palästinensisches Volk“ nicht. Man sprach nur über die Araber in Palästina, die sich nicht von Arabern in den zwanzig anderen Ländern der Arabischen Liga unterschieden, insbesondere nicht von den Arabern in Transjordanien, also 78 Prozent des vom Völkerbund angegebenen Palästina. Großbritannien trennte dieses große Gebiet 1922 ab und schuf einen ausschließlich arabischen Staat, das neu benannte Emirat Transjordanien.

Die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats schlug eine Lösung des Flüchtlingsproblems vor, das auch die zahlreicheren jüdischen Flüchtlinge einschloss, die aus arabischen Ländern geflohen waren und all ihr Hab und Gut dort zurückließen. Die Schaffung eines „palästinensischen Volks“ ex nihilo nach dem arabischen Öl-Embargo von 1973 sollte Europa dazu bringen, seine Legitimität, seine Geschichte und seine Rechte zu schaffen – äquivalent zu denen Israels und dessen sogar überlegen –, indem es die Ersetzungstheologie wieder aufleben ließ, die beständig mit Propaganda genährt wurde, die Israel dämonisierte, um seinen Untergang zu rechtfertigen. Das brachte Europa auf einen Weg aktiver Solidarität mit der arabischen Politik der Eliminierung Israels, der die Ermutigung und Legitimierung des internationalen Terrorismus einschloss, wie er von der PLO betrieben wurde.

Die Formierung eines wirtschaftlichen und politischen euro-arabischen Blocks

Die antiisraelische Entscheidung der EWG erfüllte die arabischen Bedingungen zum Beginn eines Dialogs mit Europa und wurde durch eine sofortige Erhöhung der Öllieferungen belohnt. Aus der Situation mit dem Öl-Embargo heraus entstanden, war der Euro-Arabische Dialog von Anfang an ein Tauschhandel: die EWG-Staaten unterstützten die antiisraelische Politik der Araber und sollten im Gegenzug von Wirtschaftsabkommen mit den Staaten der Arabischen Liga profitieren.⁽³⁾ Die arabische Seite verlangte eine politische Verpflichtung Europas gegen Israel, womit der wirtschaftliche Aspekt des Dialogs dem politischen Zusammenhang des arabischen Kriegs gegen Israel untergeordnet wurde. Der wirtschaftliche Bereich wurde so in die euro-arabische politische Solidarität gegen Israel integriert.

Präsident Georges Pompidou und Kanzler Willy Brandt bestätigten den Wunsch nach einem Dialog in ihrem Treffen am 26. und 27. November 1973. Weniger als einen Monat später berief der französische Präsident am 15. Dezember 1973 einen Gipfel in Kopenhagen ein, um die Nahost-Krise zu untersuchen und die Grundlagen für eine Kooperation zwischen den Staaten der Arabischen Liga und denen der EWG zu legen. Vier arabische Außenminister, die zur Beobachtung eingeladen waren, schlugen verschiedene Projekte vor.

Am 10. Juni 1974 verabschiedeten die Außenminister der neun EWG-Staaten, die sich in Bonn im Rahmen der politischen Kooperation trafen, einen Text, der die Bereiche und Mittel zur Entwicklung der Kooperation und ihrer Beziehungen mit den arabischen Staaten spezifizierte. Diese Bereiche erstreckten sich auf Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaften, Kultur, Bildung, Technologie, Finanz-Kooperation und die zivile Infrastruktur usw.

Im Verlauf der folgenden Treffen legten die Außenminister der neun Staaten die Grundlagen für diese Kooperation mit den arabischen Staaten gemäß einer institutionalisierten Struktur, die mit den höchsten Stellen jedes der EWG-Staaten verbunden war. Diese Formel ermöglichte es, die Politik der Europäischen Gemeinschaft bezüglich des Austauschs und ihrer Kooperation mit den Staaten der Arabischen Liga zu harmonisieren und zu vereinheitlichen.

Am 31. Juli 1974 fand in Paris das erste offizielle Treffen auf Minister-Ebene zwischen dem kuwaitischen Außenminister, dem Generalsekretär der Arabischen Liga, dem Präsidenten der Kommission der EG und dem aktuellen Präsidenten der EG statt, um die Organisation des Dialogs zu besprechen. Die Parlamentarische Vereinigung für Euro-arabische Kooperation wurde dann von den neun Ländern der EG mit Blick auf die Stärkung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kooperation zwischen Europa und der arabischen Welt gegründet. Alle wichtigen Strömungen der europäischen Politik waren in diesem Exekutiv-Komitee vertreten, das sich seitdem regelmäßig alle sechs Monate trifft.

Die Konferenz von Damaskus (14.-17. September 1974), organisiert von der Inter-parlamentarischen Vereinigung der Euro-arabischen Kooperation, brachte repräsentative Mitglieder aller im Parlament vertretenen Parteien der EWG außer Dänemarks zusammen. Die Araber legten die politischen Vorbedingungen für Vereinbarungen zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den westeuropäischen

Staaten vor. Der die EWG interessierende Bereich der Wirtschaft wurde durch die politischen Forderungen der Araber bezüglich des Nahen Ostens entsprechend dem Prinzip des Feilschens bestimmt, einem fundamentalen Prinzip dieses Dialogs. Die Araber verlangten:

- den bedingungslosen Rückzug auf die Waffenstillstandslinien von 1949;
- die Arabisierung der Altstadt Jerusalems, die 1948 militärisch erobert wurde und aus der alle Juden vertrieben wurden;
- die Einbindung der PLO und ihres Führers Arafat in alle Verhandlungen.(4)
- auf die USA sollte von der EWG Druck ausgeübt werden, um es der arabischen Politik näher zu bringen und sie von Israel zu trennen.

Der politische Aspekt als nicht verhandelbare Bedingung für den Dialog wurde einen Monat später auf dem 7. Gipfel der Arabischen Konferenz (Rabat, Oktober 1974) bestätigt. Es wurde daran erinnert, dass die Euro-Arabische Dialog sich im Kontext der „Erklärung“ vom 6. Gipfel der Arabischen Konferenz in Algier entwickeln musste, die Europa am 28. November 1973 übermittelt wurde und die die arabischen politischen Forderungen bezüglich Israel festlegte.(5) Für die Araber war es so, dass der Dialog fortgesetzt werden musste, bis seine Ziele erreicht waren. Die politischen und wirtschaftlichen Aspekte dieser euro-arabischen Kooperation wurden von ihnen als von einander abhängig angesehen. Ein ständiges Sekretariat von für die euro-arabischen Kooperation zuständigen 350 Mitgliedern wurde dann mit Sitz in Paris gegründet. Der Euro-Arabische Dialog wurde in verschiedene Komitees strukturiert, deren Aufgabe die Planung gemeinsamer industrieller, kommerzieller, politischer, wissenschaftlicher, technischer, kultureller und sozialer Projekte war.

Am 10. Juni 1975 traf sich eine Delegation der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit einer Delegation aus zwanzig arabischen Staaten und der in Kairo sitzenden PLO. Mehr als dreißig Staaten waren von einem General-Komitee auf Botschafter-Ebene und einer Vielzahl von Experten vertreten. Die EWG und das Sekretariat der Arabischen Liga wurden auf der politischen Ebene repräsentiert. Der jordanische Sprecher der arabischen Delegation, M. Nijmeddin Dajani, betonte den politischen Aspekt und die Auswirkungen des Euro-Arabischen Dialogs. Der Handel zwischen den beiden Seiten wurde klar definiert: wirtschaftliche Vereinbarungen mit Europa im Tausch für europäisches Einschwenken auf die arabische Politik gegenüber Israel.

Ein gemeinsames Memorandum des gemischten Experten-Komitees verfasste eine erste Fassung der allgemeinen Prinzipien und Ziele des Euro-Arabischen Dialogs.

Beim Treffen in Luxemburg im Jahr darauf (18.-20. Mai 1976) wurden die Organisation und das Prozedere des Euro-Arabischen Dialogs definiert und im Anhang 4 des Abschluss-Kommuniqués veröffentlicht. Der Dialog bestand damit aus drei Organen: 1) dem Allgemeinen Komitee; 2) den Arbeitskomitees; 3) dem politischen Komitee.

Das Allgemeine Komitee bestand aus den Delegierten beider Seiten, zu denen Offizielle mit Botschafterstatus, Mitglieder der Liga der arabischen Staaten und der Europäischen Gemeinschaft, dem Generalsekretariat der Liga der arabischen Staaten und der Kommission der EG bestanden, dazu den Mitpräsidenten und Berichterstattern der Arbeitskomitees. Die Vorsitzenden der arabischen und europäischen Delegationen führten gemeinsam den Vorsitz des Allgemeinen Komitees. Das Komitee war die zentrale Körperschaft des Dialogs und verantwortlich für den generellen Ablauf des Dialogs sowie der Überwachung der Entwicklung in verschiedenen Bereichen. Es war verantwortlich für seine Einrichtung und dafür, es in die Richtung der angestrebten politischen, kulturellen, sozialen, technologischen und wirtschaftlichen Ziele, wie auch mit der Genehmigung des Programms des Dialogs und seiner Aufgaben. Die verschiedenen Verpflichtungen des Komitees wurden spezifiziert. Seine Sitzungen fanden hinter verschlossenen Türen statt und wurden nicht protokolliert. Am Ende eines jeden Treffens konnte das Allgemeine Komitee eine Zusammenfassung der getroffenen Entscheidungen und eine allgemeine Presseerklärung veröffentlichen.(6)

Die Zusammensetzung der Arbeitskomitees folgte demselben Prinzip: Jede Gruppe bestand aus Experten und technischen Spezialisten beider Seiten, wie auch aus Repräsentanten des Generalsekretariats der Liga der Arabischen Staaten und der Kommission der Europäischen Gemeinschaft. Jedes der beiden arabischen und europäischen Gruppen benannte einen Vorsitzenden für jedes Arbeitskomitee. Die Arbeitskomitees arbeiteten entsprechend den ihnen vom Allgemeinen Komitee aufgetragenen Anweisungen bezüglich ihrer Mandate. Jedes Arbeitskomitee konnte besondere Untergruppen bilden, deren Experten in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat der Liga der Arabischen Staaten und der Kommission der Europäischen Gemeinschaft ausgewählt wurden.

Das Koordinations-Komitee bestand aus Repräsentanten des Allgemeinen Komitees und des Generalsekretariats der Liga der arabischen Staaten und der europäischen Präsidentschaft, die ihm gemeinsam vorstanden. Das Komitee war verantwortlich für die Koordination der Arbeit der verschiedenen Arbeitsgruppen unter der Leitung des Allgemeinen Komitees. Alle Information und Dokumentation wurden vom Generalsekretariat der Liga der Arabischen Staaten und der Kommission der EG vermittelt.

Diese kurz zusammengefasste Struktur begründete eine Symbiose, ein gegenseitiges ineinander Eindringen arabischer und europäischer Politik, was die Einbeziehung der europäischen Staaten auf höchster Ebene verlangte. Es ist klar, dass Europas feindselige Politik gegenüber Israel – durch die Strukturen der EWG standardisiert – nicht das Ergebnis falscher Einschätzungen oder korrigierbarer Vorurteile ist. Sie beruht auf einem politisch-ökonomischen Konstrukt, das akribisch bis ins kleinste Detail ausgearbeitet wurde und in seiner vielfältigen Symbiose mit der arabischen Welt wurzelt.

In den folgenden Jahren wurde diese Zusammenarbeit durch Treffen, die alle sechs Monate statt fanden, sowie durch verschiedene Aktivitäten internationalen Ausmaßes gestärkt (Rom, 24. Juli 1975; Abu Dhabi, 27. November 1975; Luxemburg, 18.-20. Mai 1976; mehrere Treffen in Brüssel 1976; Tunis 10.-12. Februar 1977). Die europäischen Mitglieder des Permanenten Sekretariats der Assotiation für Euro-Arabische Kooperation (PAEAC) reiste regelmäßig in die USA um zu versuchen, die amerikanische Politik zu Gunsten der Forderungen der PLO zu beeinflussen – und gegen Israel. Die Araber verlangten, dass Europa Yassir Arafat als Führer der Palästinenser anerkennt, einen palästinensischen Staat, einen internationalen Boykott Israels und eine Strategie weltweiten politischen und wirtschaftlichen Drucks einführt, um den jüdischen Staat zum Rückzug auf die Waffenstillstandslinien von 1949 zu zwingen. Das Arbeitskomitee studierte passende Methoden, um die europäische öffentliche Meinung wie auch die Weltöffentlichkeit zu überzeugen die PLO zu unterstützen, deren Charta die Eliminierung des Staates Israel verlangte. Nach Saleh al-Mani:

Obwohl der EAD versagte, was die Anerkennung der PLO anging, war letztere trotzdem einer der aktivsten Unterstützer des EAD. Die PLO konnte den EAD als Kanal zur Verbreitung ihrer Forderungen nutzen; diesbezüglich könnte sie Erfolg gehabt haben.

Obwohl die formale Anerkennung der PLO fehl schlug, hatte der EAD doch dahin gehend Erfolg, dass die Europäer von der Notwendigkeit überzeugt wurden, eine „Heimat für die Palästinenser“ aufzubauen und die PLO mit zukünftigen Verhandlungen über den Nahen Osten zu „verbinden“. Auf diese Weise hat der EAD dazu gedient, gewisse begrenzte arabische Ziele zu erreichen.(7)

Dieser Kommentar al-Manis bestätigt die direkte Verbindung zwischen der PLO und den wirtschaftlichen Transaktionen der EWG. In einer Rede vom 26. August 1980 prangerte Beschir Gemayal – der gewählte zukünftige Präsident des Libanon - nach einer Beschreibung des terroristischen Kriegs der PLO im Libanon deren desaströse Rolle in Europa an:

Dies ist eine Rekapitulation der Taten dieser Leute [PLO], zu deren Gunsten die Kanzleien der zivilisierten Welt das ganze Jahr hindurch abmühen und um deren Gunst die alten Nationen Europas wetteifern.(8)

Es ist klar, dass die PLO eine entscheidende Rolle beim Austausch wirtschaftlicher Vorteile spielte, die die arabischen Staaten Europa im Gegenzug für politische Unterstützung in ihrem Krieg gegen Israel gewährten. EAD-Treffen schlossen mit Erklärungen der europäischen Delegation, die mit denen der arabischen Politik überein stimmte (London, 9. Juni 1977; Brüssel, 26.-28. Oktober 1978): Israelischer Rückzug auf die Grenzen von 1949; Israels Verpflichtung die nationalen Rechte der Palästinenser anzuerkennen; alle Maßnahmen und Entscheidungen Israels in den Gebieten außerhalb der Grenzen von 1949, einschließlich Jerusalems, sind ungültig; Judäa und Samaria werden als „besetzte arabische Gebiete“ bezeichnet.

Die israelisch-ägyptischen Friedensverhandlungen in Camp David (1977/78) unter der Schirmherrschaft des amerikanischen Präsidenten Carter versetzten dem EAD einen Dämpfer, während die Arabische Liga sie völlig ablehnte und Ägypten aus ihrem Verein ausschloss. Die arabischen Länder tobten wegen des Erfolgs des amerikanischen Einflusses in der Region zum Nachteil der europäischen Diplomatie, die sie durch wirtschaftliche Kooperation zu kontrollieren versuchten. Frankreich enthielt sich der Anerkennung der Friedensvereinbarungen, während die anderen EWG-Staaten sie akzeptierten, wenn auch – auf Betreiben Frankreichs hin – nur unter Vorbehalt.

Inzwischen nahm der EAD seine Aktivitäten wieder auf und das 4. Treffen des Allgemeinen Komitees in

Damaskus (9.-11. Dezember 1978) genehmigte die Schaffung eines euro-arabischen Zentrums in Kuwait für den Transfer von Technologie.

Die Geburt von Eurabia: eine neue politische Einheit

„Eurabia“ ist der Titel einer Übersicht, die vom Europäischen Komitee für die Koordination von freundschaftlichen Verbindungen mit der arabischen Welt (Paris) herausgegeben wurde. Sie wurde in Zusammenarbeit mit Middle East International (London), France-Pays Arabes (Paris) und der Groupe d'Etudes sur le Moyen-Orient (Genf) veröffentlicht.

In seiner zweiten Ausgabe (vom Juli 1975) veröffentlichte „Eurabia“ die Resolutionen, die in Straßburg von der Vollversammlung der parlamentarischen Verbindung für euro-arabische Kooperation am 7./8. Juni 1975 einstimmig verabschiedet wurden. Die Verbindung besteht aus mehr als 200 Parlamentariern aus westeuropäischen Ländern, die alle Facetten des politischen Spektrums repräsentieren. Mit anderen Worten: Der Konsens für das Programm der euro-arabischen Entente deckte die gesamte europäische politische Szene ab.

In seinem Editorial führte „Eurabia“ führte aus: „die Notwendigkeit einer politischen Entente zwischen Europa und der arabischen Welt als Grundlage wirtschaftlicher Vereinbarungen“ und die Verpflichtung seitens der Europäer, „die politischen wie auch die wirtschaftlichen Interessen der arabischen Welt zu verstehen“. Der Euro-Arabische Dialog muss „einen gemeinsamen politischen Willen“ zum Ausdruck bringen [Hervorhebungen durch die Autorin]. Die Vorbedingung für jede wirtschaftliche Vereinbarung mit den Ländern der Arabischen Liga machte in Europa die Schaffung eines für die Araber günstigen „Meinungs-Klimas“ nötig. Das Editorial betonte, dass diese Frage von einer großen Anzahl von Experten von der Association de Solidarité Franco-Arabe (Vereinigung Franko-Arabische Solidarität) und von der Vollversammlung der Parlamentarischen Vereinigung für Euro-Arabische Kooperation in Straßburg untersucht worden war.

Wenn sie wirklich mit der arabischen Welt kooperieren wollten, mussten die europäischen Regierungen und politischen Leiter eine Verpflichtung eingehen, gegen die Verunglimpfung der Araber in den europäischen Medien vorzugehen. Sie müssen ihr Vertrauen in die euro-arabische Freundschaft und ihren Respekt vor dem Jahrtausend-Beitrag der arabischen Welt zur Zivilisation wieder bestätigen. Dieser Beitrag und seine praktische Anwendung wird eines der Themen unserer nächsten Ausgabe sein. (Leitartikel)

Die politischen Forderungen der Araber zu den Bedingungen des Dialogs beschränkten sich nicht ausschließlich auf Israel. Sie betrafen auch Europa. M. Tilj Declercq, belgisches Mitglied der Parlamentarischen Vereinigung für euro-arabische Politik, legte eine Studie zu den Bedingungen dieser Kooperation für die Wirtschaftskommission dieser Vereinigung vor. Sie wurde in der zweiten Ausgabe von „Eurabia“ (Juli 1975) zusammengefasst und mit dem Titel „A European point of view“ (Eine europäische Sichtweise) versehen.

Declercq betont, dass „euro-arabische Kooperation aus einem politischen Willen resultieren muss. Die politischen Interessen dieser Kooperation müssen daher anerkannt werden.“ Mit anderen Worten: Wirtschaftlicher Austausch wird der Unterstützung der EWG für den Krieg der Arabischen Liga zur Vernichtung Israels untergeordnet. Was die Europäer betraf, so vertrat der belgische Sprecher die Meinung, dass in der wirtschaftlichen Kooperation arabische Arbeitskraftreserven und Rohstoffe – vermutlich Öl – mit europäischer Technologie verbunden werden soll.

Eine mittel- und langfristige Politik muss daher so formuliert sein, dass sie die wirtschaftliche Kooperation durch eine Kombination von arabischer Arbeitskraft und Rohstoffen und europäischer Technologie und „Management“ herbei führt.

Dieser Satz hätte am Ursprung der massiven arabischen Einwanderung nach Europa ab 1975 stehen können, die mit den Wirtschaftsvereinbarungen der EWG mit der arabischen Welt verbunden zu sein scheint. Nach Declercq sollte das Recycling der Petro-Dollars die Interdependenz Westeuropas und der arabischen Länder herbei führen, um „Stück für Stück eine wirtschaftliche Integration zu erzielen“. Aber diese wirtschaftliche euro-arabische Integration würde theoretisch bleiben, wenn der politische Aspekt – soll heißen: die Schlacht gegen Israel – nicht erreicht werden sollte. Daher „muss ein wirklicher politischer Wille am Anfang konkreter Kooperationspläne stehen und er muss auf drei Ebenen demonstriert werden: der nationalen Ebene, der kontinentalen Ebene und der Weltebene“. Vom gleichen Gesichtspunkt aus „musste die euro-arabische Kooperation und Solidarität durch internationale Organisationen und internationale Konferenzen herbei geführt werden“. Gemeinsame euro-arabische Vorbereitungstreffen

und Symposien mussten „auf jeder Ebene – bezüglich Wirtschaft, Finanzen, Handel usw. – vervielfältigt werden, um gemeinsame Positionen zu erreichen“.

Declerqs Vorschläge wurden allesamt in die Resolutionen der Parlamentarischen Vereinigung für Euro-Arabische Kooperation integriert, als diese in Straßburg zusammentrat (7./8. Juni 1975) und in „Eurabia“ veröffentlicht. Der politische Teil der Resolutionen zielte auf drei Bereiche: europäische Politik gegenüber Israel; die Schaffung eines für die Araber günstigen Meinungsklimas; der Empfang muslimischer Einwanderer in Europa.

Bezüglich Israel ging die Vereinigung mit den arabischen Forderungen konform und verlangte Israels Rückzug auf die Waffenstillstandslinien von 1949, wobei die Resolution 242 absichtlich fehlinterpretiert wurde. Zusätzlich rief die Vereinigung die europäischen Regierungen auf, die PLO als einzigen Repräsentanten der palästinensischen Araber anzuerkennen – ein fundamentaler Punkt, der in den Initiativen betont werden musste, die eine euro-arabische Politik von ihnen verlangte. Die EWG musste Israel dazu zwingen, die Rechte der palästinensischen Nation und die Existenz eines palästinensischen Staates auf dem gesamten „Westufer“ des Jordan („Westbank“) und im Gazastreifen zu akzeptieren.

Bezüglich Europa forderte die Vereinigung eine für die arabische Sache günstigere Berichterstattung in den Nachrichten und besondere Bedingungen für Einwanderer.

Die Vereinigung verlangt von den europäischen Regierungen, dass sie gesetzliche Vortreffungen bezüglich der Bewegungsfreiheit und des Respekts der fundamentalen Rechte der nach Europa eingewanderten Arbeiter trifft: Diese Rechte müssen denen der eigenen (europäischen) Staatsbürger gleich gestellt sein.

Die Vereinigung betrachtet die politische Lösung des arabisch-israelischen Konflikts als absolute Notwendigkeit für die Gründung einer euro-arabischen Kooperation.

Im gleichen Absatz überlegt die Vereinigung, dass „die harmonische Entwicklung der Kooperation zwischen Westeuropa und der arabischen Nation“ von der freien Verbreitung von Ideen und Staatsbürgern profitieren soll. Die Wirtschafts-Resolution drückte eine Besorgnis über politische Entscheidungen aus, die:

für die euro-arabische Kooperation abträglich gewesen sind, so die Schaffung der Internationalen Energiebehörde und die Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der EWG und Israel, bevor die Verhandlungen zwischen der EWG und den arabischen Ländern abgeschlossen waren. In dieser Sache stellte sie die formale Forderung auf, dass wirtschaftliche Kooperation zwischen der EWG und Israel nicht für die besetzten Gebiete gelten solle.

Eurabia: eine neue kulturelle Einheit

Die Kultur-Resolution beinhaltete sieben Erklärungen, darunter die folgende:

In Anerkennung des historischen Beitrags der arabischen Kultur zur europäischen Entwicklung;

Unter Betonung des Beitrags, den die europäischen Staaten weiterhin von der arabischen Kultur erwarten können, insbesondere im Bereich der menschlichen Werte;

Forderte die Vereinigung auf, dass das Lehren der arabischen Sprache und Kultur in Europa ausgedehnt würde.

In dem Wunsch, dass die europäischen Regierungen den arabischen Staaten die Schaffung großzügiger Möglichkeiten für die eingewanderten Arbeiter und ihre Familien an arabischer Kultur und religiösem Leben teilzunehmen ermöglicht.

Die Vereinigung appellierte an die Presse, an Freundschafts-Gruppen und den Tourismus die öffentliche Meinung über die Arabische Welt zu verbessern. Sie

fordert die Regierungen der Neun auf, den kulturellen Bereich des Euro-Arabischen Dialogs mit konstruktivem Geist anzugehen und der Verbreitung der arabischen Kultur in Europa größte Priorität einzuräumen.

Forderte die arabischen Regierungen auf, die politischen Konsequenzen aktiver Kooperation mit Europa

im kulturellen Bereich anzuerkennen.

Die Resolution endet mit einer Verurteilung und einer Kritik Israels.

Bei Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel verurteilen wir den zionistischen Wunsch auf palästinensischem Gebiet die arabische Kultur durch jüdische Kultur zu ersetzen, um das palästinensische Volk seiner nationalen Identität zu berauben.

Angesichts dessen dass Israel mit der Durchführung von Ausgrabungen in den heiligen Stätten des Islam – dem besetzten Teil Jerusalems – trotz der Warnung der UNESCO eine Verletzung des internationalen Rechts begangen hat;

Angesichts dessen, dass die Ausgrabungen nur in der unwiederbringlichen Vernichtung von Nachweisen der arabischen Kultur und Geschichte resultieren können;

Wird bedauert, dass die Entscheidung der UNESCO, Israel nicht in ihre regionale Gruppe aufgenommen wurde, hätte ausgenutzt werden sollen, manchmal begleitet von einem starken Mangel an Objektivität.

Dem Straßburger Treffen folgte einige Tage später (vom 10. – 14. Juni 1975) ein Symposium des Gemischten Experten-Komitees in Kairo, um eine erste Formulierung der allgemeinen Prinzipien und Ziele des Euro-Arabischen Dialogs vorzunehmen. Die Einleitung des gemeinsamen Memorandums dieses Treffens führt aus, dass:

Der Euro-Arabische Dialog ist die Frucht eines gemeinsamen politischen Wunsches, der auf höchster Ebene entstand und darauf zielt, besondere Beziehungen zwischen den beiden Gruppen zu etablieren.

Die beiden Parteien erinnerten an den Dialog in ihrem Austausch, der Ende 1973 entstand, und besonders an die von den neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft am 6. November 1973 abgegebenen Erklärung bezüglich der Lage im Nahen Osten wie auch die Erklärung an die westeuropäischen Staaten auf der 6. Gipfelkonferenz der arabischen Länder in Algier am 28. November 1973.

Die im Memorandum aufgeführten Kooperationsbereiche schließen die Zusammenarbeit bei Atom-Technologie, Finanzen, Banken und Kapital-Management, Handel, wissenschaftliche Forschung, technologische Entwicklung, technische und professionelle Ausbildung, Benutzung von Atomenergie, Aufbau städtischer Infrastrukturen, Planung, Industrialisierung, Transport, Urbanisation, Gesundheit, Bildung, Telekommunikation, Tourismus usw. Das Training von Spezialisten für die zahlreichen angedachten Projekte sollte „entweder durch Entsendung von europäischen Expertenteams mit einem Blick auf die Ausbildung der arabischen Arbeitskräfte oder durch Training dieser Arbeitskräfte in bestehenden Zentren der EWG-Staaten“ statt finden. Beabsichtigt war der Aufbau „effektiver [Kooperation] und der Austausch von Information zwischen arabischen und europäischen Universitäten“ in Forschungsabläufen, verschiedenen Programmen und Projekten.

Der Teil über „Kooperation in den Bereichen Kultur und Zivilisation“ betonte, dass es das prinzipielle Ziel des Euro-Arabischen Dialogs sei, die beiden Zivilisationen enger zusammenzubringen, die so beträchtlich zur Bereicherung des Menschheitserbes beigetragen haben. Sie überlegen, dass ihre Kooperation im Bereich der Kultur und Zivilisation Erziehung, Künste, Wissenschaften und Information umfassen sollte; und sie bestätigten, dass das prinzipielle Ziel einer solchen Kooperation die Konsolidierung und Vertiefung der Grundlagen des kulturellen Verständnisses und einer intellektuellen Annäherung zwischen den beiden Regionen war.

Verschiedene Maßnahmen wurden ins Auge gefasst, so der Austausch von Experten und die Entwicklung von Kontakten in den Bereichen Bildung und Tourismus. Schließlich mussten die Probleme der aus Einwanderern bestehenden Arbeiterschaft durch Gleichbehandlung in den folgenden Bereichen gelöst werden: 1) Arbeitsplatzsituation; 2) Arbeits- und Lebensbedingungen; 3) soziale Sicherungssysteme.(9)

Nach fast drei Jahrzehnten könnte man fragen: Was war der Einfluss dieser Politik auf den europäischen Kontinent, die theoretisch unabhängige Bereiche – Wirtschaft, Einwanderung, Politik und Kultur – in einen einzelnen Block zusammen brachte, der mit der arabischen Welt und ihrer antiisraelischen/antisemitischen Paranoia verbunden wurde?

Die Spirale: arabische Instrumentalisierung der Europäischen Gemeinschaft

In dieser Beziehung zwischen dem wirtschaftlichen und politischen Sektor sind die unterschiedlichen Standpunkte zwischen der Sichtweise der EWG und der der Arabischen Liga sofort offenbar. Die EWG will wirtschaftlichen Gewinn, Profit, durch eine Expansionsstrategie in den Öl-, Handels- und Industrie-Märkten. Ihr Handeln ist einzig durch einen geschäftsmäßigen Pragmatismus seitens der Management-Technokraten bestimmt, die Hilfsprogramme und regionale Entwicklungsprogramme formulieren, wie auch massive Verkäufe von Waffen und industrieller und atomarer Ausrüstung (z.B. den Osirak-Reaktor im Irak, der von Israel 1981 zerstört wurde), um Gewinn zu erzielen.

Anders nutzte die arabische Seite die Wirtschaft als radikales Mittel aus, die EWG zum Instrument einer langfristigen politischen Strategie zu machen, die auf Israel, Europa und Amerika zielte. Der politische arabische Griff auf die Wirtschaft der EWG sollte dieser schnell die arabischen politischen Direktiven gegenüber Israel aufdrücken. Einer der arabischen Delegierten, Dr. Ibrahim A. Obaid, Generaldirektor des Ministeriums für Petroleum und mineralische Ressourcen aus Riyad (Saudi Arabien), drückte den Geist des Dialogs trefflich aus, als die Experten der Euro-Arabischen Kooperation sich 1975 in Amsterdam trafen:

Gemeinsam und als Gleiche können die Europäer und die Araber durch eine „Strategie der gegenseitigen Abhängigkeit“ Fortschritte machen, um den Dorn in ihrer Seite – das israelische Problem – zu beseitigen und sich den vor ihnen liegenden Herkules-Aufgaben widmen.(10)

Die Wirtschaftsabkommen zwischen der EWG und der arabischen Welt gingen über die Sphäre von Handelsverträgen hinaus und führten zu Europas zunehmender Unterordnung unter arabische politische Ziele. Der EAD wurde – besonders für Frankreich – eine assoziative Diplomatie in den internationalen Foren, in denen die EWG auf die antizionistische Linie der Araber einschwenkte. Als Mittel der Legitimierung der PLO und zu deren Propaganda besorgte der EAD für sie internationale, diplomatische Anerkennung und übertrug Respekt und internationales Ansehen auf Arafat und seine internationale Terror-Bewegung. Innerhalb dieses Rahmen des EAD wurde die gesamte Kriegspolitik der Delegitimierung Israels auf nationaler und internationaler Ebene der EWG aufgebaut, in Gewerkschaften, Medien und Universitäten. Der EAD war das Sprachrohr, das in ganz Europa die Dämonisierung und Verleumdung Israels verbreitete und populär machte. Frankreich, Belgien und Luxemburg waren die aktivsten Agenten des EAD.

In Europa richtete sich die arabische Strategie hauptsächlich auf drei Ziele:

Erzielung wirtschaftlicher und industrieller Parität mit dem Westen durch den Transfer von moderner Technologie, insbesondere von Atom- und Militär-Technologie, in die arabischen Staaten, einen großen muslimischen Bevölkerungsanteil nach Europa zu verpflanzen, der alle politischen, kulturellen, sozialen und religiösen Rechte der Gastgeberländer genießt, dem europäischen Gebiet politischen, kulturellen und religiösen Einfluss des Arabisch-Islamischen durch Einwanderer aufzudrücken, die politisch und kulturell ihren Herkunftsländern verbunden bleiben.

Der EAD diente der Arabischen Liga ebenfalls als Kanal, um über Europa Druck auf Amerika auszuüben, sich der arabischen Politik gegen Israel anzuschließen. Auf geostrategischer Ebene war die euro-arabische Kooperation ein politisches Instrument des Antiamerikanismus in Europa, um die zwei Kontinente durch das Anzetteln von gegenseitiger Feindseligkeit zwischen ihnen und ständige Verunglimpfung der amerikanischen Politik im Nahen Osten zu trennen und zu schwächen.

Die Tatsache, dass der Import islamischer Arbeitskräfte nach Europa mit der Ausweitung europäischer Märkte in arabischen Ländern synchronisiert wurde, machte es mehreren Millionen Immigranten möglich, ohne Behinderung [in Europa] einzutreffen. Die Geschwindigkeit und das Ausmaß dieser Operation waren in der Geschichte einzigartig. Selbst im Verlauf der europäischen Kolonisation lief die Auswanderung von Europäern in die Kolonien unendlich langsamer ab. Die Zahl europäischer Kolonisten, einschließlich ihrer Nachkommen, ist selbst nach einem Maximum von ein oder zwei Jahrhunderten unvergleichlich niedriger als die der heutigen muslimischen Einwanderer in alle Länder Europas nach nur drei Jahrzehnten.

Die politische Laschheit der europäischen Regierungen wurde durch die Erlaubnis an die arabischen Länder noch verschlimmert, mit ihrer Bevölkerung auch ihre Kultur und ihre Gebräuche zu exportieren (EAD-Erklärung, Damaskus, 11. September 1978).

Seminar in der Universität Venedig 1977

Die arabische Kultur-Pflanzung in Europa war zusammengebunden mit der Einwanderung – soll heißen,

dem Transfer von Millionen Muslimen aus Afrika, dem Nahen Osten und Asien, zusammen mit ihrer Herkunfts-Kultur – in die Gastgeber-Länder. Diese kulturelle Arabisierung/Islamisierung war vom euro-arabischen Seminar über die „Mittel und Formen der Kooperation für die Ausbreitung des Wissens über die arabische Sprach- und Literatur-Zivilisation“ bereits an der Universität Venedig geplant worden (28. – 30. März 1977).

Das Seminar wurde vom Istituto per l'Oriente in Rom und der Abteilung für arabische Literatur der Fremdsprachlichen Fakultät der Universität Venedig organisiert. Die Teilnehmer kamen von 14 Universitäten aus arabischen Ländern, 19 Arabisten von europäischen Universitäten, zahlreichen anderen mit der muslimischen Welt verbundenen Persönlichkeiten, sowie dem Repräsentanten des päpstlichen Instituts für arabische Studien in Rom (Pontificio Istituto di Studi Arabi e d'Islamistica). Das Seminar wurde in den Euro-Arabischen Dialog integriert, was bedeutet, dass es die Zustimmung des Präsidenten der EWG, des Sekretärs der Arabischen Liga und der Außenminister eines jeden in der Europäischen Gemeinschaft vertretenen Staates hatte. Die arabischen Teilnehmer repräsentierten Algerien, Saudi Arabien, Ägypten, den Irak, Jordanien, Qatar, den Sudan und Tunesien.(11)

In den in den vier Arbeitssitzungen angeschnittenen Themen gaben die europäischen Berichtersteller ihre Berichte zur Verbreitung und Kenntnis der arabischen Sprache und Zivilisation in ihrem jeweiligen Staat ab. Die arabischen Delegierten ihrerseits beschrieben die vereinfachten Methoden Nicht-Arabern Arabisch zu lehren, die in ihren Staaten angewendet wurden. Das Seminar endete mit der Verabschiedung einer Reihe von Empfehlungen. Sie können hier nicht aufgelistet werden, aber der allgemeine Tenor trat dafür ein, in den europäischen Hauptstädten Zentren für die Verbreitung der arabischen Sprache und Kultur in jedem europäischen Staat in Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern aufzubauen. Dieses Projekt nahm die Berufung von arabischen Professoren, Experten darin Europäer zu unterrichten, an die europäischen Institute in Aussicht.

Die Teilnehmer dieses Seminars geben einstimmig die folgenden Vorschläge weiter, damit die Regierungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft und der Liga der Arabischen Staaten dazu Überlegungen anstellen:

1. Koordination der Bemühungen der arabischen Staaten, die arabische Sprache und Kultur in Europa zu verbreiten und eine angemessene Form der Kooperation zwischen den arabischen Institutionen, die in diesem Bereich arbeiten.
2. Schaffung gemeinsamer euro-arabischer Kulturzentren in europäischen Hauptstädten, die die Verbreitung der arabischen Sprache und Kultur vornehmen sollen.
3. Ermutigung europäischer Institutionen auf Universitäts-Ebene oder anderen Ebenen, sich mit der Lehre der arabischen Sprache und der Verbreitung der arabischen und islamischen Kultur zu beschäftigen.
4. Unterstützung gemeinsamer Projekte zur Kooperation zwischen europäischen und arabischen Institutionen im Bereich der Sprachforschung und der Vermittlung der arabischen Sprache an Europäer.
8. Die Notwendigkeit der Versorgung europäischer Institutionen und Universitäten mit arabischen Lehrern, die sich darauf spezialisiert haben, Europäern die arabische Sprache zu lehren.
10. Beim Lehren der arabischen Sprache muss die Betonung auf die unterschiedlichen linguistischen Fähigkeiten gelegt werden: die Lehre des Arabischen muss mit der arabisch-islamischen Kultur und zeitgenössischen arabischen Fragen verbunden werden.
11. Die Notwendigkeit der Kooperation zwischen europäischen und arabischen Experten, um den Lernenden und der gebildeten Öffentlichkeit in Europa ein objektives Bild der arabisch-islamischen Zivilisation und zeitgenössischer arabischer Fragen zu gewähren, die Europäern arabischen Studien attraktiv macht.(12)

Die folgenden Resolutionen definieren die Form der Kooperation zwischen arabischen und europäischen Universitäten und ihrer jeweiligen Experten, sowie die Organisation der für dieses Arabisierungs-Projekt in der EWG notwendigen Gelder. Die letzte Empfehlung betrachtet es als notwendig ein permanentes Komitee arabischer und europäischer Experten einzurichten, das mit der Kontrolle der Verfolgung und Anwendung der Entscheidungen bezüglich der Verbreitung der arabischen Sprache und arabischen Kultur in Europa im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs beauftragt ist.

19. Um das oben Angeführte zu erreichen, betrachten es die Teilnehmer als notwendig, als Ergebnis

dieses Seminars ein permanentes Komitee aus arabischen und europäischen Experten zu bilden, um die Empfehlungen zur Verbreitung des Arabischen und der arabischen Kultur in Europa nachzubereiten; dies soll im Rahmen des Euro-Arabischen Dialogs erfolgen.

Dieser Rahmen zeigt die Zustimmung der Außenminister der EG-Staaten und ihrer Präsidentschaft in Zusammenarbeit mit dem Sekretär der Liga der arabischen Staaten, wie auch der übrigen Diplomaten, die in der Allgemeinen Kommission repräsentiert sind, deren Arbeit in camera weiter ging und ohne Aufzeichnung blieb.

Die Kulturellen Forderungen des arabischen Blocks

Von daher sah ab den 1970-er Jahren die in die wirtschaftlich-politische Konzeption des EAD (1973) integrierte Einwanderungspolitik nicht die vereinzelte Immigration Einzelner vor, die sich in die Gastgeberländer integrieren wollten. Es war eine geplante, homogene Einpflanzung Millionen zählender ausländischer Kollektive in die Europäischen Gemeinschaften. Sie ermöglichte die Bildung von Gruppen, die ihrer säkularen europäischen Umgebung feindlich gesinnt waren, die nicht kamen um sich zu integrieren, sondern mit der Absicht und mit dem Recht, ihre eigene Zivilisation dem Gastgeberland aufzudrücken, während seine säkularen Institutionen abgelehnt wurden, da man sie als denen der von Allah gegebenen Scharia unterlegen ansah. Während der EAD den arabischen Einwanderern die Rechte sicherte, die ihnen von den europäischen juristischen Institutionen übertragen werden, verachteten diese genau diese Institutionen, da sie sich ihrer auf der Scharia basierenden arabisch-islamischen Kultur bedienten. Daher war von Beginn der Einwanderung an die Integration ausgeschlossen.

Das Symposium des Euro-Arabischen Dialogs in Hamburg (11. – 15. April 1983) wurde mit großem Pomp durch die Eröffnungsrede von Hans-Dietrich Genscher, dem Minister für auswärtige Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland, eröffnet, gefolgt von einer Rede des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Chedli Klibi. Genscher erinnerte nachdrücklich an die europäische Verpflichtung der islamischen Zivilisation gegenüber und betonte die Bedeutung des Dialogs bei der Zementierung der euro-arabischen Solidarität. Er bezog sich auf den Anfang des Dialogs 1973 und die Bedeutung des politischen Aspekts, der nicht ignoriert werden kann – mit anderen Worten: auf die antiisraelische Politik der EWG im Nahen Osten als Grundlage des gesamten wirtschaftlichen Gefüges der euro-arabischen Kooperation. Er erklärte:

Der Euro-arabische Dialog wäre in der Tat unvollständig, wenn die politische Seite ignoriert oder nicht ernst genommen würde.

Beide Seiten des Dialogs, beide Partner, sollten sich immer an das gemeinsame Memorandum von Kairo 1975 erinnern, der Charta des Dialogs. Das Memorandum enthält das folgende Zitat: „Der Euro-arabische Dialog ist das Ergebnis des gemeinsamen politischen Willens, der die Schaffung einer besonderen Beziehung zwischen den beiden Gruppen anstrebt.“ Wir Europäer sprachen uns in der Erklärung von Venedig vom 13. Juni 1980 in eindeutiger Weise und überzeugt für eine Wiederbelebung des euro-arabischen Dialogs aus. Seitdem sind die verschiedenen Arbeitsgruppen innerhalb des Dialogs aktiver geworden und die Aussichten für die Zukunft sind nun viel versprechend.(13)

Nach zwei Jahren Unterbrechung des Dialogs nach dem israelisch-ägyptischen Friedensvertrag von 1979 schloss sich die Erklärung von Venedig total den politischen Forderungen der Araber bezüglich Israel an. Er bestätigte die nationalen Rechte der Palästinenser „die nicht einfach nur die der Flüchtlinge sind“ (Artikel 6). Artikel 7 verlangte die Teilnahme der PLO an den Verhandlungen. In Artikel 8 „betonen die Neun, dass sie keine einseitige Initiative akzeptieren werden, den Status von Jerusalem zu ändern“. Dann folgt dieser Artikel:

Die Neun betonen die Notwendigkeit, dass Israel der territorialen Besetzung, die es seit dem Konflikt von 1967 beibehält, ein Ende setzt, wie es das teilweise im Sinai getan hat. Sie sind tief überzeugt, dass die israelischen Siedlungen ein ernstes Hindernis für den Friedensprozess im Nahen Osten darstellen. Die Neun denken, dass diese Siedlungen, wie auch die Veränderungen in Bevölkerung und Eigentum in den besetzten arabischen Gebieten, vor dem internationalen Recht illegal sind.

Auf dem Symposium von Hamburg 1983 gaben Sprecher beider Seiten einige Berichte über die Integration der beiden Zivilisationen ab. Die Teilnehmer wurden in drei Workshops aufgeteilt. Das erste, „Aussichten für kulturellen Austausch“, untersuchte die Aussichten für zukünftigen kulturellen Austausch in allen Bereichen. Die Diskussion erstreckte sich auf: „Austausch-Vereinbarungen zwischen Universitäten, Austausch zwischen Studenten und Lehrern und anderen in den Bereichen der kreativen Künste, von audiovisuellem Material, Kooperation bei Übersetzung, bei der Vermittlung arabischer

Veröffentlichungen in Europa, Ausstellungen und Veröffentlichung“. Die Bereiche dieser kulturellen Kooperation mussten definiert werden „durch eine allgemeine kulturelle Vereinbarung zwischen der Arabischen Liga und der Europäischen Gemeinschaft. Diese Vereinbarung sollte den Rahmen für weitere, aufzuführende Funktions-Vereinbarungen liefern“. Ein kleines gemeinsames Komitee innerhalb des Rahmens des Euro-Arabischen Dialogs sollte „eingesetzt werden, um das Funktionieren der Vereinbarung zu beaufsichtigen, Vorschläge für zukünftige Projekte zu untersuchen und akzeptieren und ihre Durchführung sicher zu stellen.

Das Workshop schlug verschiedene Vorgehensweisen vor, die wie folgt zusammengefasst wurden:

1. Ein Euro-Arabisches Journal sollte zweimal jährlich veröffentlicht werden, das sich mit arabischen und europäischen Autoren besonderen Themen widmet [...] Zusätzlich wird ein kleinerer Newsletter empfohlen, der kulturelle Entwicklungen in der arabischen Welt aufführen könnte und Dinge wie intellektuelle Debatten, Theater-Aufführungen, wichtige Veröffentlichungen anführt.
2. Es sollten arabische Berufs-Vereinigungen und ihre Mitglieder eingeladen werden, um Vereinbarungen mit ihren europäischen Gegenstücken abzuschließen, damit kulturelle Kooperation und Austausch gefördert werden. Die arabische Seite bestand insbesondere auf Vorschlägen zum Abschluss solcher Vereinbarungen mit den Vereinigungen der arabischen Schriftstellern und Verlagen [...] Solche Vereinbarungen sollten auch die Ermutigung regelmäßiger Treffen zwischen europäischen und arabischen Radio- und Fernseh-Vereinigungen und zwischen den Bündnissen von Filmproduzenten und Schauspielern einschließen, um für gemeinsame Produktionen zu werben.
3. Die Einberufung kleiner, spezialisierter oder professioneller Seminare zu ausgesuchten Themen. Zu den bereits vorgeschlagenen Themen gehören der religiöse Dialog, arabische Historiographie, Buchveröffentlichungen und Bibliothekswesen, Untersuchung der Inhalte von Schulbüchern auf allen Ebenen in zur Geschichte der beiden Regionen.

Der zweite Workshop konzentrierte sich auf „Soziale und kulturelle Folgen der Migration von Arbeitern und Intellektuellen“. Die Teilnehmer vermerkten, dass – als sich arabische Einwanderung in dauerhaftes Wohnen wandelte – die Durchführung der Deklaration von Damaskus (vom Dezember 1978) für die Situation 1983 nicht mehr angemessen war. Insbesondere war es nötig, den Artikel, der die Rechte der arabischen Einwanderer und die Mitglieder ihrer Familien festlegte, dahin gehend zu ergänzen, dass sie „Gleichbehandlung bezüglich der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Löhne und wirtschaftlicher Rechte, der Rechte auf Vereinigungen und die Ausübung grundlegender öffentlicher Freiheiten“ erhielten. Es bestand das Gefühl, dass nicht genug getan wurde, um die Grundsätze dieser Deklaration umzusetzen (Artikel 3). Die Teilnehmer empfahlen die Schaffung einer permanenten Institution, um das Wissen über Migration zu verbessern und Politik und Programme „mit dem Ziel der Sicherung der höchstmöglichen Wohlfahrt für die Migranten selbst und den maximalen Nutzen für das Herkunftsland und der Anstellung im Geist der ehrlichen Kooperation unter den am Dialog beteiligten Länder“ zu formulieren (Artikel 4).

Artikel 5 hatte mehrere Vorschläge zum Inhalt:

5. Es wird empfohlen, dass die soziale Integration von eingewanderten Arbeitern und ihren Familien in den Gastgeber-Ländern durch folgende Maßnahmen bewerkstelligt wird:

- a) Gewährung gleicher Rechte beim Zugang zum Immobilienmarkt, dem Arbeitsmarkt und dem Bildungssystem und zu beruflicher Ausbildung,
- b) der allgemeinen Öffentlichkeit den kulturellen Hintergrund der Migranten bewusster zu machen, z.B. durch die Werbung für kulturelle Aktivitäten der Einwanderungsgemeinden,
- c) die Bereitstellung adäquater Information zur Kultur der Migranten-Gemeinden in den Lehrplänen der Schulen,
- d) Schaffung besonderer Schul- und Ausbildungseinrichtungen für diejenigen, die dienstliche Beziehungen zu den Einwanderern haben (z.B. Behörden-Bedienstete, medizinisches Personal, Mitglieder der Polizei, Lehrer, Sozialarbeiter usw.),
- e) den Migranten Zugang zu den Massenmedien geben, um sicherzustellen, dass sie in einer Position sind, reguläre Informationen in ihrer eigenen Sprache, über ihre Kultur sowie über die Lebensbedingungen in den Gastgeber-Ländern zu erhalten,

f) die Kooperation zwischen den Einwanderer-Gruppen und der nationalen Bevölkerung ausdehnen und Maßnahmen ergreifen, um die Teilnahme der Einwanderergruppen in Gewerkschafts-Aktivitäten zu erhöhen und ihre Teilnahme am politischen Leben erkunden.

6. Es wird empfohlen, dass die arabischen Herkunftsländer ihre kulturelle Unterstützung der arabischen Migranten in Europa stärken.

Der dritte Workshop untersuchte die Kooperation im Feld der arabischen und europäischen Sprach-Vermittlung. Diese Gruppe betonte, dass diese Frage von größter Bedeutung sei, denn sie forme das Grundprinzip des Euro-Arabischen Dialogs. Die Entscheidungen des Seminars in Venedig (1977) wurden durch die des Seminars von Hamburg (1983) ergänzt. Sie wiederholten die Notwendigkeit, dass die arabische Sprache und Kultur in Europa durch die arabischen Länder und ihre besonderen Institutionen, wie auch durch euro-arabische Kulturzentren verbreitet werden, die in europäischen Hauptstädten geschaffen werden sollten. Es war notwendig, den Immigranten-Kindern Arabisch beizubringen und die Veröffentlichung und Verteilung arabischer Zeitungen und Bücher sicherzustellen, die für eine kultivierte europäische Öffentlichkeit gedacht sind, um ein objektives und attraktives Bild der islamischen Zivilisation zu liefern. Ein Programm zur Ausführung all dieser untersuchten Aktivitäten wurde über einen Zeitraum von fünf Jahren geplant.

Beim Lesen der Vorgänge der zahlreichen Symposien stößt man recht heftig auf den Unterschied in den Reden der beiden Seiten. Die Europäer verwenden eine vorsichtige Sprache, bewundern den Islam und schmeicheln ihm. Übertriebenes Tribut wird der islamischen Zivilisation gezollt, von der die Zivilisation Europas sich Inspiration holte (z.B. Hans-Dietrich Genscher, deutscher Außenminister, auf dem Symposium in Hamburg 1983). Nichts sagende, ergebene Entschuldigungen für Kolonisation und Europas anti-arabische Vorurteile werden formuliert. Die arabische Partei dagegen übernimmt den Tonfall des den Stock schwingenden Schulmeisters, ist sich der Toleranz, des Humanismus und der Größe der eigenen Zivilisation sicher als der spirituellen und wissenschaftlichen Quelle Europas. Es gibt auch Vorwürfe, insbesondere bezüglich der Unzulänglichkeit europäischer Maßnahmen gegen Israel, einem zentralen und essenziellen Punkt, auf dem die gesamte Infrastruktur des Dialogs aufgebaut ist. Die arabischen Reden betonen in giftigen Begrifflichkeiten Europas Verpflichtung, mit Israel hart umzugehen (zionistische Usurpation; die Hand des Zionismus trachtet danach, die Araber aller Länder zu töten; Politik des institutionalisierten Rassismus; die den Zionismus mit Rassismus gleich stellende Resolution 3379 wurde 1975 durch die UN-Vollversammlung gepeitscht). Sie erinnern die Europäer an ihre Pflicht, die Größe und Überlegenheit der islamischen Zivilisation und des Islam anzuerkennen und auf Universitätsebene zu lehren. Prediger beschreiben den islamischen Ursprung des Judentums, des Christentums und der gesamten Menschheit, die in ihrer originalen Reinheit als Muslime geboren wurden.

Die Anpassung der EWG

Die EWG hatte sich voll auf die Israel betreffenden Direktiven ausgerichtet, wie sie von der Arabischen Liga bereits ab 1970 formuliert wurden und man in der Deklaration der Neun zum Nahen Osten sehen kann (London, 29. Juni 1977). Einige dieser Erklärungen wiederholen Wort für Wort die, die von der Zweiten Islamischen Konferenz in Lahore (1974) benutzt wurden und nicht im originalen Englisch der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats zu finden sind. Daher führt Artikel 2 der Deklaration des Europarats aus (London, 29. Juni 1977): 1) die Unzulässigkeit des Landerwerbs durch Gewalt; 2) die Notwendigkeit, dass Israel die territoriale Besetzung beendet, die es seit dem Konflikt von 1967 aufrecht erhält, während Resolution 242 den Rückzug „von Territorien“ erwähnt; 3) die Verpflichtung Israels – durch die Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens – die „legitimen Rechte“ der Palästinenser zu berücksichtigen, was nicht in der gültigen Resolution 242 zu finden ist.

Artikel 3 gibt die arabische Haltung wieder:

Die Neun sind überzeugt, dass die Lösung des Nahost-Konflikts nur möglich sein wird, wenn das legitime Recht des palästinensischen Volks, seiner nationalen Identität effektiv Ausdruck zu verleihen, in die Wirklichkeit übertragen werden, die die Notwendigkeit eines Heimatlandes für das palästinensische Volk einbezieht. Sie denken, dass die Repräsentanten der Konfliktparteien, einschließlich des palästinensischen Volkes, an Verhandlungen in angemessener Weise teilnehmen müssen, was in Beratungen unter den interessierten Parteien definiert werden muss. Im Rahmen einer umfassenden Regelung muss Israel bereit sein, die legitimen Rechte des palästinensischen Volks anzuerkennen. Gleichmaßen muss die arabische Seite bereit sein, Israels Recht in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen zu leben, anzuerkennen.(14)

Diese Deklaration wurden von der Allgemeinen Kommission des EAD-Treffens in Tunis (10.-12. Februar 1977) vorbereitet. Bezüglich Jerusalem sagte das am Ende der zweiten Sitzungsperiode veröffentlichte

Kommunique: „Die europäische Seite ... hat ebenfalls ihre Opposition zu jeder Initiative vermerkt, die dazu tendiert den Status von Jerusalem einseitig zu verändern. Die arabische Seite drückte aus, wie sehr sie diese Haltung schätzt.“

Am 26. September 1977 erklärte Henri Simonet, belgischer Außenminister und Präsident des Rates der EWG, in der UN-Vollversammlung in New York, dass der Nahost-Konflikt auf den Sicherheits-Resolutionen 242 (von 1967) und 338 (von 1973) gegründet werden müsse, d.h. ihrer franko-arabischen Interpretation in der französischen Version, wie sie die EWG nach dem arabischen Öl-Embargo 1973 übernahm,

wie auch auf den folgenden fundamentalen Prinzipien: 1. der Landerwerb durch Gewalt ist inakzeptabel; 2. Israel muss seine Besetzung der Territorien beenden, die es seit dem Krieg von 1967 hält; 3. die Souveränität, territoriale Integrität und die Unabhängigkeit eines jeden Staates der Region muss genauso respektiert werden, wie von [sic] dem Recht eines jeden Staates der Region in Frieden mit sicheren und anerkannten Grenzen zu leben; 4. die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens muss die legitimen Rechte der Palästinenser einbeziehen.

51. Die neun Staaten glauben auch weiterhin, dass die Lösung für den Konflikt nicht möglich sein wird, bis die legitimen Rechte des palästinensischen Volks, ihrer nationalen Identität effektiven Ausdruck zu geben, Wirklichkeit werden. Dies würde natürlich berücksichtigen, dass das palästinensische Volk ein Heimatland braucht.

52. Es bleibt die feste Ansicht der neun Staaten, dass all diese Elemente ein unteilbares Ganzes darstellen.

55. Man sollte sich hier daran erinnern, dass die neun Staaten öffentlich ihre Besorgnis über die illegalen Maßnahmen erklärt haben, die kürzlich von der Regierung Israels in den besetzten Gebieten vorgenommen wurden...

56. In Erwartung von Friedensverhandlungen bestätigen die neun Staaten die Sorge, die sie bei vielen Gelegenheiten ausgedrückt haben, dass die Konfliktparteien davon Abstand nehmen sollten, Stellungnahmen abzugeben oder Maßnahmen zu treffen, seien sie administrativ, juristisch, militärisch oder anderer Natur, die ein Hindernis für den Friedensprozess darstellen könnten.(15)

Die zweite Islamische Konferenz, organisiert von der kürzlich geschaffenen Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), wurde am 24. Februar 1974 in Lahore abgehalten und ihre Deklaration machte ihre Politik gegenüber Israel ganz deutlich:

1. Die arabische Sache ist die Sache aller Länder, die gegen Aggression sind; sie wird nicht erlauben, dass der Gebrauch von Gewalt durch territorialen oder anderen Gewinn belohnt werden wird;

2. Den arabischen Staaten sollte volle und effektive Unterstützung gegeben werden, damit sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ihr besetztes Land wieder zurück holen;

4. Die Wiederherstellung der vollen nationalen Rechte der palästinensischen Völker [sic] in ihrem Heimatland ist die essentielle und fundamentale Bedingung für eine Lösung des Nahost-Problems und die Errichtung eines dauerhaften Friedens auf der Grundlage der Gerechtigkeit.

7. Die von den christlichen Kirchen unternommenen konstruktiven Bemühungen in der ganzen Welt und den arabischen Staaten, insbesondere im Libanon, in Ägypten, Jordanien und Syrien, die palästinensische Frage der internationalen öffentlichen Meinung und den religiösen Weltkonferenzen zu erklären; sie werben dafür, dass ihre Unterstützung für arabische Souveränität über Jerusalem und andere heilige Stätten in Palästina Wertschätzung erfahren sollten;

8. Jede von Israel getroffene Maßnahme den Charakter der besetzten arabischen Gebiete zu ändern, insbesondere den der Heiligen Stadt Jerusalem, stellt eine eklatante Verletzung des internationalen Rechts dar und ist für die Gefühle der Mitgliedsstaaten der Islamischen Konferenz und der islamischen Welt im Allgemeinen abstoßend.(16)

Anmerkungen:

(1) Saleh A. Al-Mani: The Euro-Arab Dialogue. A Study in Associative Diplomacy. Hg. v. Salah Al-Shaikhly, Frances Pinter, London 1983, S. 48. S. auch Jacques Bourrinet (Hg.): Le Dialogue Euro-Arabe. Economica, Paris 1979.

- (2) Documents d'Actualité Internationale. Außenministerium, Paris (ab hier: DAI) 1974, Nr. 1, S. 2-3.
- (3) S. A-Mani, S. 70-73; 111; Bourrinet, S. 4. In der Analyse der Formel des EAD schreibt John Waterbury: "Der eigentliche Handel fand in Form eines Tauschgeschäfts statt: die politischen Forderungen der Araber gegen wirtschaftliche Ziele der Europäer." Ebenda, S. 25; Françoise de la Serre: „Conflit du Proche-Orient et Dialogue Euro-Arabe: La Position de l'Europe des Neuf“, ebenda.
- (4) Report on Islamic Summit 1974, Pakistan. Lahore, 22.-24. Februar 1974, S. 228.
- (5) DAI 1974, Conférence des Chefs d'Etat Arabes (Algier, 26.-29. November 1973) Déclaration de politique Générale (Algier, 28. November 1973) (Quelle: Conférence des Chefs d'Etat arabes, auf Französisch, Nr. 7, S.122-26).
- (6) Da diese Ausgabe von DAI aus der Sammlung in der Bibliothèque du Palais des Nations in Geneva verschwunden ist, wurde dieser Verweis genommen aus Bourrinet, S.331-35: DAI 1977, Nr. 16-17, S. 315-19.
- (7) Al-Mani, S.70-73.
- (8) Bat Ye'or: Islam and Dhimmitude. Where Civilizations Collide. Cranbury, NJ (Fairleigh Dickinson University Press) 2002, S. 253.
- (9) Bourrinet, S. 296-301.
- (10) Edmond Völker (Hg.): Euro-Arab Cooperation. Europa Instituut, Universität von Amsterdam, Amsterdam, A.W. Sijthoff, Leyden, 1976, S. 179.
- (11) Euro-Arab Dialogue. The Relations between the two cultures. Acts of the Hamburg symposium April 11th to 15th 1983. Englische Ausgabe hg. Von Derek Hopwood/Croom Helm, London 1983; s. die Empfehlungen des Seminars von Venedig, S. 317-23.
- (12) ebenda., S. 320-21.
- (13) ebenda, S.19.
- (14) DAI, 2. September 1977, Nr. 35, Council of Europe (London, 29-30. Juni 1977) Nr. 137. Déclaration des Neuf sur le Moyen-Orient (London, 29 Juni 1977) (Quelle: Außenministerium, Paris) Textes officiels, S. 666-667, ins Englische übersetzt durch die Autorin.
- (15) Official Records of the General Assembly.Thirty-second Session. Plenary Meetings, vol.1, 20. Sept. – 13. Oct. 1977, United Nations, New York 1978.
- (16) Report on Islamic Summit 1974, Pakistan. Lahore, 22.-24. Februar 1974, Karachi, S. 222-223.
- (17) Die Ablehnung des Begriffs "Judeo-Christentum" ist oft mündlich ausgedrückt worden; Bruno Etienne erwähnt seine Ablehnung in "La France et l'islam", Paris 1989, S. 189.
- * Bat Ye'or ist Autorin von „The Dhimmi: Jews and Christians under Islam“ (Der Dhimmi – Juden und Christen unter dem Islam; 1985, neu aufgelegt 2003); „The Decline of Eastern Christianity under Islam. From Jihad to Dhimmitude“ (Der Niedergang des östlichen Christentums unter dem Islam. Vom Jihad zum Dhimmitum; 1996, neu aufgelegt 2002); „Islam and Dhimmitude. Where Civilizations Collide“ (Islam und Dhimmitum. Wo Zivilisationen zusammenstoßen; Fairleigh Dickinson University Press, 2002/03). Dieser Artikel ist eine englische Übersetzung von „Le Dialogue Euro-Arabe et la naissance d'Eurabia“ in „Observatoire du monde juif“, Bulletin Nr. 4/5, Dezember 2002, S. 44-55. Übersetzung aus dem Englischen: H.Eiteneier; der englische Artikel ist eine von Bat Ye'or autorisierte Fassung von "Le Dialogue Euro-Arabe et la naissance d'Eurabia" aus "Observatoire du monde juif", Bulletin no. 4/5, Dezember 2002, S. 44-55 (78 avenue des Champs Elysées, 75008 Paris).

<http://blog.dievoss.eu/p/straburger-resolution.html>